



Zur Inneren Sicherheit

Innenminister Peter Beuth, Hessisches Ministerium des Innern und für Sport

Liebe Leserinnen und Leser,

sicher sein und Schutz vor Gefahr oder Schaden zu erfahren, ist eine Grundvoraussetzung für eine freie Gesellschaft und alle Bereiche des öffentlichen Lebens. Mit dem seit mehr als eineinhalb Jahren andauernden völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine ist die Bedeutung von Sicherheit gegenwärtig so präsent wie schon lange nicht mehr. Im 21. Jahrhundert ist die öffentliche Sicherheit und Ordnung in Deutschland auf vielfältige Art und Weise herausgefordert. Ebenso zahlreich sind die Akteure, von denen die Gefahren und Bedrohungen ausgehen. Hierzu zählen Terrorismus, politischer und religiöser Extremismus, Organisierte Kriminalität, Desinformationskampagnen oder Cyberangriffe. Dabei haben viele dieser Gefahren beziehungsweise Formen der Kriminalität, die bei uns vor Ort eintreten, ihren Ursprung im Ausland. Paradebeispiele hierfür sind Cyberangriffe oder die steigende Anzahl von Straftaten unter Nutzung des Tatmittels Internet. Dies gilt es zusammen zu denken und nicht, wie der Bund bei der sogenannten Nationalen Sicherheitsstrategie, in den Silos von Innerer und Äußerer Sicherheit verhaftet zu bleiben.

Gefahr für Leib und Leben kann aber auch von Naturkatastrophen oder einem bewaffneten Angriff drohen, weshalb der Katastrophenschutz und Zivilschutz eine Renaissance erlebt hat. All diese Dimensionen muss Innere Sicherheit im 21. Jahrhundert (wieder) berücksichtigen. Unser Antrieb sollte dabei der bestmögliche Schutz der Bürgerinnen und Bürger sowie unserer Einsatzkräfte sein.

Klar ist: Um möglichst umfassend weiterhin die Innere Sicherheit gewährleisten zu können, muss durch die Länder und den Bund erheblich investiert werden. In Hessen haben wir in den vergangenen Jahrzehnten ganz bewusst die Innere Sicherheit gestärkt. Während im Jahr 2002 im hessischen Haushalt 844 Millionen Euro für die Innere Sicherheit zur Verfügung standen, liegt der Wert im Jahr 2023 bei mehr als 2,6 Milliarden Euro. Damit konnte die hessische Polizei in den vergangenen Jah-

ren personell erheblich um rund 18 Prozent gestärkt werden. Ebenso wurde die hessische Polizei gezielt mit modernster Ausstattung für die Verbrechensbekämpfung gerüstet. Drohnen, Taser, Bodycams und Smartphones für alle mittlerweile rund 22.000 Bediensteten sind fester Bestandteil der Polizeiarbeit in Hessen. Auch das Landesamt für Verfassungsschutz Hessen, das als Frühwarnsystem unsere Demokratie schützt, wurde personell seit dem Jahr 2000 auf nunmehr rund 380 Planstellen verdoppelt. In den Katastrophenschutz wurden seit 2008 mehr als 75 Millionen Euro investiert. Nunmehr liegt es auch am Bund, seiner Verantwortung für den Bevölkerungsschutz wesentlich stärker nachzukommen und die zugesagten zehn Milliarden Euro für eine Stärkung des Zivilschutzes bereitzustellen.

Neben diesen gezielten Investitionen bedarf es strategischer Schwerpunktsetzungen. Der Kampf gegen Hass und Hetze, jeglichen politischen Extremismus und insbesondere den Rechtsextremismus, sowie gegen Kindesmissbrauch und Kinderpornografie bilden strategische Schwerpunkte der Sicherheitsstrategie Hessens. Bei alledem binden wir die Bürgerinnen und Bürger eng ein. Es ist uns wichtig, die Sicherheitsbedürfnisse der Menschen an ihrem Lebensmittelpunkt zu erfassen und so passgenaue Maßnahmen ergreifen zu können. Denn gute Sicherheitswerte sind das eine, ein gutes Sicherheitsgefühl das andere. Hierfür haben wir das bundesweite einmalige „KOMmunalProgrAmmSicherheitsSiegel“ (KOMPASS) entwickelt. Innerhalb des KOMPASS-Programms arbeiten Kommunen Hand in Hand mit den relevanten gesellschaftlichen Akteuren und der Polizei u. a. auf Grundlage von Bürgerbefragungen an der Entwicklung präventiver Maßnahmen, um vor allem die subjektive Sicherheitslage zu verbessern. Das Anfang 2023 neue geschaffene „Sicherheitsportal Hessen“ bietet den Bürgerinnen und Bürgern beispielsweise mit dem landesweiten Mängelmelder weitere Möglichkeiten, sich unkompliziert für ein Mehr an Sicherheit einzubringen.

Die Sicherheit im digitalen Raum ist ein weiterer Schwerpunkt der Sicherheitsbehörden. Als Land haben wir frühzeitig die Bedeutung von Cybersicherheit erkannt und im April 2019 das Hessen CyberCompetenceCenter (Hes-

sen3C) gegründet. Besonders unterstützen und befähigen wir mit dem Hessen3C die hessischen Kommunen zur eigenständigen Erhöhung der Informationssicherheit. Für uns ist des Weiteren klar: Das Internet ist kein rechtsfreier Raum. Mit der Meldestelle „Hessen-GegenHetze“ geben wir Betroffenen sowie Zeugen eine niedrigschwellige Möglichkeit, möglicherweise strafbare oder extremistische Inhalte nach einer Bewertung den Sicherheitsbehörden zu melden.

Mit diesen strategischen Schwerpunktsetzungen und gezielten Investitionen gehört Hessen seit vielen Jahren zu einem der sichersten Bundesländer. Darauf ruhen wir uns nicht aus, sondern treiben die Digitalisierung der Polizeiarbeit und den Einsatz digitaler Ermittlungswerkzeuge konsequent weiter fort. Hessen ist hier Impulsgeber und setzt seit 2017 erfolgreich auf HessenDATA. Die professionelle Datenanalyse-Software kann rasch rechtmäßig erhobene, vorhandene polizeiliche Datenbestände auswerten und hilft so dabei, schwerste Verbrechen frühestmöglich zu erkennen.

Obwohl alle, die für die Sicherheit in unserem Land Verantwortung tragen, vom Mehrwert und Nutzen moderner Datenanalysetools zur Verbrechensbekämpfung überzeugt sind, tritt der Bund hier weiterhin bewusst auf die Bremse. Es ist schlicht nicht nachvollziehbar, dass das Bundesministerium des Innern und für Heimat seinen Sicherheitsbehörden entgegen der Bewertung seiner eigenen Experten die Nutzung der vergleichbaren „Verfahrensübergreifenden Recherche- und Analyseplattform“ (VeRA) noch immer verwehrt, auf deren Beschaffung sich Bund und Länder gemeinsam geeinigt hatten. Damit nimmt der Bund bewusst ein Sicherheitsdefizit in Kauf und erschwert das Setzen gemeinsamer Standards.

Eine professionelle Datenanalyse-Software sollte im Jahr 2023 ein selbstverständliches Ermittlungswerkzeug sein.

Zur Gewährleistung der Sicherheit braucht es digitale Analyse-Werkzeuge und, wie bei der IP-Adressen-Speicherung, entsprechende Befugnisse, damit unsere Sicherheitsbehörden weiterhin schlagkräftig für unsere Sicherheit sorgen können. Hierfür wird sich Hessen weiterhin einsetzen – denn Innere Sicherheit ist eine Teamaufgabe.